



## Ein transatlantischer Dialog über Staat, Wirtschaft und Gesellschaft

Dossier zur 3. Veranstaltung

### ***Von den USA lernen? – Die Transatlantische Energiedebatte***

In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung  
17. Oktober 2007  
Auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung

Dossier erstellt von:

ATLANTISCHE INITIATIVE



Atlantische Initiative e.V.  
Wilhelmstraße 67  
10117 Berlin

Tel.: 030/206 337 88

Fax: 030/206 337 90

Email: [info@atlantische-initiative.org](mailto:info@atlantische-initiative.org)

## INHALTSVERZEICHNIS

Hintergrundinformation	S. 2
Veranstaltungsprotokoll	S. 9
Literaturhinweise	S. 14
Appendix 1: Gesamtkonzept Veranstaltungsreihe	S. i
Appendix 2: Konzept 3. Veranstaltung	S. iii
Appendix 3: Teilnehmerliste	S. v

## HINTERGRUNDINFORMATION

### Einleitung

Die Themen Klimaschutz und Energiepolitik stehen schon seit einigen Jahren im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Einerseits machen extreme Wetterverhältnisse regelmäßig Schlagzeilen (Hurricane Katrina, Abschmelzen der Gletscher und Polkappen, eisfreie Nordostpassage<sup>1</sup>, Hitzerekorde in Deutschland) und schärfen damit die Wahrnehmung des Phänomens Klimawandel in der Bevölkerung. Andererseits – oder gerade deshalb – wird das Thema auch von der Politik- und Showprominenz verstärkt als Möglichkeit wahrgenommen, sich positiv ins Licht der Öffentlichkeit zu setzen. Klimapolitik ist „trendy“. Als Beispiele dafür können Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger oder Friedensnobelpreisträger Al Gore genauso dienen wie Bundesumweltminister Gabriel, der Eisbär Knut zur Symbolfigur für den Kampf gegen den Klimawandel auserkor<sup>2</sup>. Und auch in Hollywood ist es schon seit Jahren schick, auf dem „Öko-Trip“ zu sein.<sup>3</sup>

Der seriöse Hintergrund der Klima- und Energieproblematik scheint hingegen oft hinter dem Medienspektakel zu verschwinden. Nachdem nun auch der UN-Klimarat festgestellt hat, dass das Weltklima zu kippen droht, sollte es keine Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen geben, stellt sich die Frage: wie können wir in Zukunft unsere Energieversorgung sichern, diese gleichzeitig aber auch effizient, nachhaltig und Klima schonend gestalten? Dabei steht vor allem die Notwendigkeit der Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen im Mittelpunkt. Das Bewusstsein dafür ist in Europa - insbesondere in Deutschland - stark ausgeprägt und scheinbar schon Teil des Selbstverständnisses als „guter Bürger“. Aber wie gestaltet sich die Debatte in den USA? Wo gibt es gemeinsame Anknüpfungspunkte, wo Unterschiede? Was können wir voneinander lernen?

### USA

Während Deutschland energie- und klimapolitisch als Vorbild gilt, verbleiben die USA in den Augen vieler in der „Schmuddelkind“-Ecke. Das Kyoto-Protokoll wurde von den USA nicht unterschrieben, der Klimawandel wurde jahrelang heruntergespielt, sogar Experten bezahlt, um ihn in Frage zu stellen. Auch die amerikanische Bevölkerung gilt nicht gerade als energiepolitisch vorbildlich: niedrige Benzin- und Strompreise regen hier nicht zum Sparen an, im Gegensatz zu Europa ist es kaum vorstellbar, dass energieeffiziente Kleinwagen SUVs oder Pickup-Trucks von den Straßen verdrängen. Aber stimmt die Wahrnehmung noch?

### Geschichte der amerikanischen Energiepolitik<sup>4</sup>

Bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts waren die USA ein Netto-Energie-Exporteur. Daher gab es keinen Bedarf nach einer Nationalisierung der Energieindustrie oder einer nationalstaatlichen Energieplanung.

---

<sup>1</sup> „Dramatische Risse im ewigen Eis. Eisschmelze öffnet Nordostpassage,“ Tagesschau, 20.09.2006. <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung96396.html> (letzter Zugriff: 14.11.2007)

<sup>2</sup> „Klima-Maskottchen. Knut wirbt für Natur,“ Focus Online, 1.06.2007. [http://www.focus.de/panorama/welt/knut/klima-maskottchen\\_aid\\_62183.html](http://www.focus.de/panorama/welt/knut/klima-maskottchen_aid_62183.html) (letzter Zugriff: 14.11.2007)

<sup>3</sup> Cerstin Gammel: „Hollywood auf dem Öko-Trip,“ DIE ZEIT 27.05.2004.

<sup>4</sup> Anmerkung: siehe auch Impulsreferat von Prof. Miranda Schreurs, S. 7.

Erst mit steigender Energieabhängigkeit von außen und spätestens mit dem *Öl-Schock 1973* begann eine nationale Steuerung der Energiepolitik. 1975 wurde der *Energy Policy and Conservation Act* erlassen: dieser sah vor allem den Aufbau einer Reserve von 1 Mrd. Barrel Öl vor, um die Energieunabhängigkeit der USA zu bewahren. Zwei Jahre später wird das Department of Energy gegründet und 1978 der erste *National Energy Plan* vorgestellt. Darin wird eine verstärkte Kohleproduktion proklamiert, aber auch ein erster Versuch gestartet, alternative Energiequellen zu fördern.

Auch die achtziger Jahre brachten keinen Durchbruch Erneuerbarer Energien. Mit dem Fall des Ölpreises zog sich der Staat wieder aus der Energieplanung zurück, teilweise wurden Steuererleichterungen für Erneuerbaren Energien sogar wieder zurück genommen.

In den Neunzigern wird der zweite *National Energy Policy Act* erlassen (1992), dieses Mal aus Sorge um die nationale Energiesicherheit. Diese sollte vor allem durch die weitere Exploration von fossilen Brennstoffen verbessert werden. In die gleiche Richtung zielte auch der dritte und bisher letzte *National Energy Policy Act von 2005*. Ausgearbeitet von einer durch Dick Cheney einberufenen Task Force beinhaltete die Vorlage zunächst die Exploration von Offshore Öl- und Gasbeständen und Pläne zur Exploration von Ölfeldern im Alaska National Wildlife Refuge. Nach Protesten wurden diese Pläne zurückgenommen.

Die Energiepolitik der USA blieb also in den letzten Jahrzehnten im Bezug auf Erneuerbare Energien recht konservativ: im Mittelpunkt stehen weiterhin die Sorge um die Energiesicherheit und die Energieunabhängigkeit der USA. Starke Lobbygruppen der Öl- aber auch der Kohleindustrie haben dafür gesorgt, dass diese Energieträger weiterhin im Fokus der nationalen Energiepolitik stehen.

### **Energiepolitik unter George W. Bush: Von Saulus zum Paulus?**

Von Beginn seiner Amtsperiode 2001 galt George W. Bush als Handlanger der Öllobby und damit als Gegner der Klimabewegung. Die Befürchtungen seiner Kritiker wurden bewahrheitet, als die USA dem Kyoto-Protokoll nicht zustimmte. Auch der dritte *National Energy Policy Act* trägt die Züge seiner ölfreundlichen Politik (s.o.). Auch international konnte mit den USA bisher keine Einigung auf feste Obergrenzen für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß erzielt werden.

Dennoch zeichnet sich ein energiepolitischer Wandel der Bush-Regierung ab. Im September 2007 lud George W. Bush zeitgleich zum UN-Klimagipfel die Vertreter der 16 größten Klimaverschmutzer und der EU nach Washington ein, um dort über den Klimawandel zu debattieren. Ziel war es, eine Nachfolgeregelung für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zu finden. Dabei sollten auch die aufstrebenden Schwellenländer in den Prozess eingebunden werden. Bisher hatten die USA international verpflichtende Abkommen abgelehnt, weil die Schwellenländer mit hohen Emissionen von den Regelungen ausgenommen waren.

Schon in der *State of the Union Address am 31. Januar 2006* kündigte sich dieser Wandel an. Bush verkündete, die USA seien von Öl abhängig, diese Abhängigkeit müsse ein Ende haben. Dazu sollten nicht nur die Ölimporte aus dem Nahen Osten bis 2025 um 75% zu verringern, gleichzeitig sollten auch die Forschungsausgaben für saubere Energiequellen um 22% erhöht werden.<sup>5</sup> Auch in den

---

<sup>5</sup> George W. Bush: "State of the Union Address by the President," 31.01.2006, <http://www.whitehouse.gov/stateoftheunion/2006/>.

Wochen danach äußerte Bush sich immer wieder im Sinne erneuerbarer Energien und des Ausbaus der Atomenergie – und dem Rückbau der Ölindustrie.

Ein weiterer Schritt in Richtung einer neuer Energiepolitik zeigt sich nach dem Sieg der Demokraten in den Zwischenwahlen 2006. Im House of Representatives wurde das *Select Committee on Energy Independence and Global Warming* eingerichtet – gegen die Stimmen vieler Republikaner. Momentan wird der *Clean Energy Act von 2007* debattiert. Dieser wurde schon im Senat und im House verabschiedet, allerdings mit unterschiedlichen Bestimmungen, die nun noch angeglichen werden müssen. Der *Clean Energy Act* sieht vor, die Abhängigkeit der Nation vom Öl zu reduzieren, indem saubere, alternative Energiequellen erschlossen werden.

Dieser Wandel in Richtung Erneuerbare Energien ist weiterhin klassisch begründbar mit der Angst vor zu großer Abhängigkeit von außen und der Gefährdung der Energiesicherheit durch Unruheherde in der Welt. Diese Gefahr ist mit Blick auf die momentane Energieversorgung der USA verständlich. Circa 40% des Energieverbrauchs wird mit Öl abgedeckt, gefolgt von Kohle und Erdgas. Ein Drittel der verbrauchten Energie und fast 60% des Öl werden importiert.

### **Bundesstaatliche Energiepolitik und unternehmerische Vorbilder**

Während sich auf Bundesebene der klimapolitische „Gesinnungswandel“ nur langsam einstellt, haben neben einigen Bundesstaaten wie Kalifornien vor allem die Kommunen und Gemeinden eine Vorreiterrolle in der Klima schonenden Energiepolitik übernommen. Einzelne amerikanische Städte, wie z.B. New York, wollen selbständig zum Vorreiter in Sachen Energieeffizienz und Klimaschutz werden – auch ohne Gesetz von ganz oben.

Neben kommunalen Ansätzen haben sich in den letzten Jahren auch Kooperationen zwischen einzelnen Staaten im Klimasektor ergeben. So taten sich zunächst 10 nordöstliche Bundesstaaten zur „Regional Greenhouse Gas Initiative“ zusammen, 2007 folgten die Staaten der Westküste mit der „Western Regional Climate Action Initiative“. Diese basiert auf der Grundlage von festen Obergrenzen für CO<sub>2</sub>-Emissionen und der Möglichkeit des Emissionshandels. In Zukunft könnten diese Regionalbündnisse auch untereinander handeln.<sup>6</sup>

Bekanntester „grüner“ Bundesstaat ist Kalifornien. Am 26. September 2006 unterzeichnete Gouverneur Arnold Schwarzenegger das Gesetz *AB 32 (Assembly Bill Nr. 32 – Global Warming Solutions Act)*. Dieses sieht vor, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 auf das Niveau von 1990, und damit um 25 Prozent, zu reduzieren. Bis zum 1. Januar 2009 muss ein Plan vorliegen, wie dieses Ziel erreicht werden soll. 2011 müssen gesetzliche Regelungen folgen, die wahrscheinlich auch einen Handel mit CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten einschließen werden.

Nach einer Volksabstimmung dürfen in Kalifornien keine neuen Atomkraftwerke gebaut werden, die bisher gemachten Vorschläge zur CO<sub>2</sub>-Reduktion sehen auch den Verzicht auf alle bisher geplanten neuen Kohlekraftwerke vor. In Erneuerbare Energien hingegen wird stark investiert. Auf dem UN-Umweltgipfel betonte Schwarzenegger, dass im Jahr 2007 schon ca. 1,1 Mrd. Dollar in saubere Energien investiert worden seien. In den nächsten Jahren solle diese Summe weiter aufgestockt werden.

---

<sup>6</sup> Odenwald, Michael: „Gouverneure gegen Bush,“ Focus Online, 12.03.2007. [http://www.focus.de/wissen/wissenschaft/klima/klima\\_aid\\_50329.html](http://www.focus.de/wissen/wissenschaft/klima/klima_aid_50329.html) (letzter Zugriff: 15.11.2007)

Aber nicht nur auf politischer Ebene wird in Kalifornien eine vorbildliche Energiepolitik betrieben. Auch Unternehmen setzen mehr und mehr auf saubere Energie. So hat Google zum Beispiel einen Park mit Sonnenkollektoren installiert, mit dem nun die Server mit Energie gespeist werden können.<sup>7</sup> Andere Firmen investieren in Hybridautos oder nehmen Energiesparziele in ihre Firmenprofile auf. Zunehmend versteht die Wirtschaft, dass mit der Investition in erneuerbare Energien nicht nur ein positives Image aufzubauen ist, sondern zudem auch schwarze Zahlen zu schreiben sind. Schlüssel dafür soll die Erfindung von und Investition in neue Technologien sein. Motto dabei ist: Die Welt retten, ohne zu verzichten - weder auf Auto, High-Tech-Haus oder Klimaanlage.

Doch der fehlende Wille zum Verzicht zeigt auch die Kehrseite dieser zur Schau getragenen Klimapolitik: Wäre Kalifornien ein Nationalstaat stünde er an Platz 8 der Weltrangliste der CO<sub>2</sub>-Sünder. Der Durchschnitts-Kalifornier produziert doppelt so viel CO<sub>2</sub> wie ein EU-Bürger.<sup>8</sup> Schuld daran ist vor allem der Verkehr, der weiterhin ungehindert über Kaliforniens Straßen fließt – oder eben regelmäßig zum Erliegen kommt.<sup>9</sup>

## **DEUTSCHLAND**

In Deutschland hat es der Begriff „Klimawandel“ schnell in alle Munde geschafft – ähnlich wie das Schlagwort „Waldsterben“ in den Achtzigern. Die zusätzliche Debatte um den Ausstieg aus der Atomenergie hat das Thema Energiepolitik hier nicht nur zu einem Politikum, sondern auch zu einer Frage der ideologischen Einstellung gemacht. Und im Gegensatz zu den USA geht es hier auch um das Verzicht üben. Der deutsche Verbraucher wird geradezu zum Energiesparen gezwungen - durch die nicht zuletzt von der Ökosteuer in die Höhe getriebenen Benzinpreise und durch die sowohl durch monopolartige Strukturen aber auch durch Umlagen auf erneuerbare Energien hochgehaltenen Strompreise.

### **Grundlagen deutscher Energiepolitik**

Deutschland zählt zu den weltweit größten Energieverbrauchern. Primärenergieträger ist weiterhin das Erdöl mit ca. 35,4% (2006), gefolgt von Erdgas (ca. 22,5%), Steinkohle (12,9%), Atomkraft (12,5%) und Braunkohle (10,8%). Erneuerbare Energien nehmen bisher nur einen geringen Teil in der Energieversorgung ein.<sup>10</sup>

Ziel der deutschen Energiepolitik ist die Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit. Zum Ziel der Wirtschaftlichkeit gehört die marktwirtschaftliche Struktur der Energiemärkte zur Herstellung einer effizienten Energieversorgung und ihre europaweite Liberalisierung. Gleichzeitig soll die Versorgungssicherheit des deutschen Verbrauchers sichergestellt werden. Deutschland ist als rohstoffarmes Land Netto-Energie-Importeur. Eine Diversifizierung der Energiequellen und erhöhte Energieeffizienz werden daher angestrebt. Neben der wirtschaftlichen Seite der Energieversorgung steht aber auch die Umweltverträglichkeit im Mittelpunkt. Ein guter Umgang mit Ressourcen und der Klimaschutz sind oberster Ziel deutscher Energiepolitik. Um

---

<sup>7</sup> Asendorpf, Dirk: „California Greening,“ DIE ZEIT 18.10.2007.

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Gammel, Cerstin: „Hollywood auf dem Öko-Trip,“ DIE ZEIT 27.05.2004.

<sup>10</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Primärenergieverbrauch nach Energieträgern. Stand 28.8.2007. <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Energie/energiestatistiken,did=176654.html> (letzter Zugriff: 14.11.2007)

Deutschland weiterhin wettbewerbsfähig zu halten soll dieses Ziel auch auf europäischer und internationaler Ebene durchgesetzt werden.<sup>11</sup>

Als Netto-Energie-Importeur spielte die nationalstaatlich organisierte Energiepolitik in Deutschland immer eine wichtige Rolle. Bis zum Jahr 1998 war es energieerzeugenden Unternehmen möglich, Versorgungsgebiete einzurichten und diese durch wettbewerbsbeschränkende Verträge zu schützen. Damit ergaben sich monopolartige Versorgungsstrukturen, die auch heute noch zu hohen Strompreisen führen. Mit der von der EU angestoßenen Liberalisierung der Energiemärkte sollten ab 1998 nun zumindest die Stromerzeugung und der Vertrieb an die Endkunden für den Wettbewerb geöffnet werden.

Zwei Merkmale heben die deutsche Energiepolitik besonders hervor. Zum einen ist dies der durch die rot-grüne Koalition beschlossene Atomausstieg. Es dürfen keine weiteren Atomkraftwerke gebaut werden, die alten sollen nach einer Regellaufzeit von 32 Jahren vom Netz gehen. Von Kritikern des Atomausstiegs wird auf die deutsche Energieabhängigkeit (v.a. vom russischen Öl) hingewiesen. Solange nicht genügend alternative Energiequellen erschlossen werden, begeben sich Deutschland damit in eine gefährliche Position. Wurde der Atomausstieg vor allem von der Umweltbewegung begrüßt, gibt es hier doch mittlerweile auch Kritiker. Denn gerade mit Blick auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz können AKWs eher überzeugen als Kohlekraftwerke.

Des Weiteren ist die starke Verbindung zwischen Energiepolitik und Umweltschutz zu erwähnen (s.o.) Die *Energieeinsparverordnung* und das *Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG<sup>12</sup>)* sollen zu einer rationelleren Energienutzung und einer Veränderung im Energiemix führen, was wiederum die Umwelt und das Klima schonen soll. Das EEG vom 1. April 2000 (novellierte Fassung 1. August 2004) sieht bis 2010 eine Steigerung des Anteils der Erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch auf 4,8% vor, im Stromverbrauch auf 12,5%. Dazu werden Erneuerbare Energien mit einem Vergütungssatz gefördert. Grundgedanke ist, den Betreibern der zu fördernden Anlagen über einen bestimmten Zeitraum einen festen Vergütungssatz für den erzeugten Strom zu gewähren, umso einen wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen zu ermöglichen. Gefördert werden die Erzeugung von Energie aus Wasserkraft, Deponie-, Klär- und Grubengas, Geothermie, Windenergie, Biomasse und Photovoltaik (Sonnenenergie). Hohe Kosten sind vor allem für Solarstromanlagen entstanden, die zwar einen hohen Vergütungssatz haben, aber im Vergleich nur wenig Energie produzieren. Andererseits konnten dadurch Kosten eingespart werden, dass durch die Diversifizierung des Strommarktes Großhandels-Strompreise gesenkt wurden. Außerdem werden auch langfristige Folgeschäden und –kosten durch die globale Erwärmung vermieden.

### **Energiepolitik unter Angela Merkel**

Seit ihrem Amtsantritt hat Kanzlerin Merkel *drei Energiegipfel* (April 2006, Oktober 2006 und Juli 2007) mit Vertretern der Energiewirtschaft, Umweltverbänden, Gewerkschaften und der Energieforschung durchgeführt. Thematik war die Energieversorgung Deutschlands und die Erarbeitung eines energie-

---

<sup>11</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Politik für Energie,“ <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Energie/ziele-der-energiepolitik.html> (letzter Zugriff: 15.11.2007)

<sup>12</sup> Erneuerbares Energien-Gesetz, 1.8.2004, [http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/eeg\\_2004/gesamt.pdf](http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/eeg_2004/gesamt.pdf) (letzter Zugriff 15.11.2007).

und klimapolitischen Gesamtkonzepts.<sup>13</sup> Auf einer *Klausurtagung des Bundeskabinetts im August 2007 in Meseburg* wurde außerdem ein ehrgeiziges Klima- und Energieprogramm ausgearbeitet, was eine Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen um fast 40% bis 2020 zum Vergleichsjahr 1990 vorsieht. Diese Reduktion soll durch ca. 30 Einzelmaßnahmen möglich werden. Dazu gehören u.a. der Ausbau Erneuerbarer Energien und von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, aber auch die Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden.

Auch auf internationaler Ebene setzt sich Kanzlerin Merkel für eine strikte Klimapolitik ein. Im März konnte sie auf europäischer Ebene ein Abkommen erzielen, mit dem sich die Staats- und Regierungschefs darauf verständigen, bis 2020 dreimal so viel Energie Sonne, Wind und Biomasse zu gewinnen wie heute. In dem Bemühen ein Folgeabkommen für das 2012 auslaufende *Kyoto-Protokoll* aushandeln zu können, haben die EU-Staaten außerdem angekündigt, das Reduktionsziel von CO<sub>2</sub>-Emissionen auf 30% zu erhöhen, sollten auch die Schwellenländer wie Indien oder China, die momentan von den Regelungen ausgenommen sind, die gemeinsamen Klimaziele akzeptieren. Damit könnte die EU eine Führungsrolle in der internationalen Klimapolitik übernehmen.<sup>14</sup> Und die geplante Integration der Schwellenländer in die klimapolitische Zielsetzung hat auch in den USA Anklang gefunden (s.o.)

### **Energieszenarien für die Zukunft**

Auch für die deutsche Wirtschaft ist das Thema Klimaschutz zu einem Politikum geworden. 2007 wurden daher gleich zwei Studien vorgestellt, die künftige Energieszenarien skizzieren und die Potenziale der Energieeinsparung und der Erneuerbaren Energien debattieren.

Im Auftrag des BDI erstellte McKinsey eine nicht unumstrittene Studie<sup>15</sup> zu den Herausforderungen und Potenzialen der Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland. Wann lohnt es sich für Verbraucher und Hersteller in Klimaschutz zu investieren?

Das Resultat unterstützt sowohl Skeptiker als auch Befürworter einer klimafreundlichen Wirtschaft: Wirtschaftswachstum und Klimaschutz sind vereinbar, aber nur für einige Wirtschaftszweige. Insgesamt 127 Megatonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen ließen sich ohne Kosten jährlich einsparen, weitere 14 Megatonnen mit nur vergleichbar geringen Kosten und das ganze weitgehend ohne Subventionen. Dazu könnte zumeist schon heute existierende Technologie verwendet werden.

Das Koalitionsziel bis 2020 im Vergleich zum Jahr 1990 40% weniger CO<sub>2</sub> zu emittieren ist laut McKinsey-Studie aber kaum wirtschaftlich vertretbar. Dies kann für die Wirtschaft nicht finanzieren, allein der Schritt von 31% auf 32% würde zu Mehrkosten von 450 Mio. Euro jährlich führen. Eine Vermeidung von bis zu 30% CO<sub>2</sub>-Emissionen kann nur mit neuem Energiemix erreicht werden: Wind-, Biomasse- oder solare Kraftwerke müssen künftig ein Viertel des hiesigen Strombedarfs liefern, herkömmliche fossile Meiler effizienter betrieben oder direkt auf das gleichzeitige Nutzen von Elektrizität und Wärme umgestellt werden. Außerdem bedürfte es des Ausstieges aus dem

---

<sup>13</sup> Bundesregierung: „Ergebnisse des dritten Energiegipfels. Grundlagen für ein integriertes Energie- und Klimaprogramm,“ 3.07.2007. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-07-03-ergebnispapier.property=publicationFile.pdf> (letzter Zugriff: 15.11.2007)

<sup>14</sup> Dazu z.B. Friedrich Ebert Stiftung, Arbeitskreis Europa: „Auf dem Weg zu einer integrierten Energie- und Klimaaußenpolitik der EU,“ Oktober 2007, <http://library.fes.de/pdf-files/id/04945.pdf> (letzter Zugriff: 15.11.2007).

<sup>15</sup> Cerstin Gammelin: „Der Preiskrieg,“ DIE ZEIT Nr. 39, 20.09.2007.

Atomausstieg: weitere 60 Jahre Laufzeit von AKWs könnte 90 Mio. Tonnen Treibhausgas jährlich vermeiden.<sup>16</sup>

Eine weitere Studie für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wurde von dem Energiewirtschaftlichen Institut der Universität zu Köln ausgearbeitet. Sie stellt drei Energieszenarien und die Einsparmöglichkeiten von CO<sub>2</sub>-Emissionen vor: das *Koalitionsvertrags-Szenario*, ein *Erneuerbares-Energien-Szenario*, das einen noch verstärkteren Ausbau regenerativer Energien vorsieht und ein *Kernenergie-Szenario*, das eine Verlängerung der Laufzeiten um 20 Jahre berücksichtigt.<sup>17</sup> Das Ergebnis: bei allen drei Szenarien sinkt der Primärenergieverbrauch bis 2020, am stärksten bei den ersten beiden Szenarien. Der Rückgang energiebedingter Treibhausgas-Emissionen fällt beim Kernenergie-Szenario am deutlichsten aus (45%), die beiden anderen Szenarien folgen mit je ca. 40%. Am teuersten würde das Erneuerbare-Energien-Szenario mit € 4,1 Mrd., die wenigsten gesamtwirtschaftlichen Energieversorgungskosten entstünden durch das Kernenergie-Szenario.

---

<sup>16</sup> McKinsey & Co.: „Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland. Eine Studie von McKinsey and Company, Inc. erstellt im Auftrag „BDI initiativ – Wirtschaft für Klimaschutz“,“ 2007, [http://www.bdi-online.de/Dokumente/Umweltpolitik/Klimastudie\\_BDIundMcKinsey\\_KostenundPotenzialederVermeidungvonTreibhausgasemiss.pdf](http://www.bdi-online.de/Dokumente/Umweltpolitik/Klimastudie_BDIundMcKinsey_KostenundPotenzialederVermeidungvonTreibhausgasemiss.pdf) (letzter Zugriff: 14.11.2007).

<sup>17</sup> Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln/Prognos AG: „Endbericht. Energieszenarien für den Energiegipfel 2007,“ [http://www.ewi.uni-koeln.de/fileadmin/user/Gutachten/2007\\_Energieszenarien\\_Energiegipfel.pdf](http://www.ewi.uni-koeln.de/fileadmin/user/Gutachten/2007_Energieszenarien_Energiegipfel.pdf) (letzter Zugriff: 14.11.2007).

## VERANSTALTUNGSPROTOKOLL

### IMPULSREFERAT PROF. MIRANDA SCHREURS, FORSCHUNGSSTELLE UMWELTPOLITIK, FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

#### Energiestatus der USA

- Die USA sind der weltgrößte Energiekonsument und hatten 2003 auch den höchsten CO<sub>2</sub>-Ausstoß mit 21% des weltweiten Gesamtvolumens. Es folgten China mit 15,5% und Russland mit 5,6%
- Die USA sind dabei vor allem abhängig von fossilen Brennstoffen, nur 6,8% der verbrauchten Energie kommen aus erneuerbaren Energienquellen (davon 48% aus Biomasse). 8% werden aus Atomenergie gewonnen, ca. 22% aus Erdgas, ca. 22% aus Kohle und 40% aus Erdöl
- Windenergie ist dabei der am stärksten wachsende Sektor im Bereich Erneuerbare Energien mit einem Anstieg von 45% (2005 auf 2006). Es gibt auf bundesstaatlicher Ebene Windprojekte, die die Stromerzeugung durch Windenergie in ganz Deutschland weit übertreffen
- Die Energiegewinnung aus Hydropower nimmt ab. Dies liegt vor allem am Widerstand gegen große Staudammprojekte. Einen Aufschwung können in Zukunft Solarenergie und auch Energiegewinnung aus Biomasse verzeichnen

#### Energiepolitik auf Bundesebene

- Bis in die sechziger Jahre waren die USA Netto-Energie-Exporteur; es gab daher weder nationalstaatliche Energieplanung noch eine Nationalisierung der Energieindustrie
- In den Siebzigern wurden die USA zum Netto-Energie-Importeur, spätestens mit dem Öl-Schock 1973 begann die nationale Steuerung der Energiepolitik: 1975 wurde der Energy Policy and Conservation Act erlassen, 1977 das Department of Energy gegründet
- 1978 wurde der erste National Energy Plan vorgestellt, der eine verstärkte Kohleproduktion vorsah und den Public Utilities Regulation Policy Act (PURPA) beinhaltete
- Mit dem fallenden Ölpreis in den achtziger Jahren begann dann eine neokonservative Wende, im Zuge derer Präsident Reagan u.a. Steuererleichterungen für Erneuerbare Energien strich
- In den Neunzigern griff die Regierung dann wieder stärker in die Energiepolitik ein aus Sorge um die nationale Energiesicherheit: 1992 wurde der zweite National Energy Policy Act erlassen, der vor allem die weitere Exploration von fossilen Brennstoffen vorsieht
- Dritter National Energy Policy Act (2005): Fokus ist das Bevölkerungswachstum und die dadurch gesteigerte Energienachfrage bei gleichzeitiger Gefahr wachsender Energieabhängigkeit → welchen energiepolitischen Weg sollen die USA gehen?
- Erneuerbare Energien stehen weiterhin nicht im Fokus des durch eine von Cheney einberufene Task Force ausgehandelten Energy Policy Acts. Weiterhin von Interesse, in der öffentlichen Debatte aber stark umstritten, sind Projekte zur Nutzung fossiler Brennstoffe: Exploration von Off-Shore Öl- und Gasbeständen; Exploration von Ölfeldern im Alaska National Wildlife Refuge
- Nach dem Wahlsieg der Demokraten bei den Zwischenwahlen 2006 werden Klimapolitik und Erneuerbare Energien verstärkt debattiert: Einrichtung des Select Committee on Energy Independence and Global Warming im Kongress; Debatte über den Clean Energy Act 2007

### **Energiepolitik auf lokaler Ebene**

- Die meisten Initiativen zur Entwicklung einer Klima schonenden Energiepolitik sind bundesstaatlicher und lokaler Natur. Dazu gehören u.a. Projekte zum „green power purchasing“ der Staaten oder die gesetzliche Förderung von Energiemix und alternativen Energiequellen
- Es haben sich auch schon internationale Netzwerke zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen gebildet, wie z.B. zwischen einigen kanadischen Provinzen und den Neuengland-Staaten
- Kalifornien nimmt in der amerikanischen energiepolitischen Debatte einen besonderen Platz ein: der Staat kann wegen eines Schlupflochs in der Verfassung striktere Gesetze erlassen als von Washington vorgegeben und nutzt diese Möglichkeit gerade im Bereich Klima- und Energiepolitik
- Auch Texas hat auf die Erzeugung Erneuerbarer Energien umgestellt: der Staat setzt vor allem auf Windenergie und hat im Juni 2007 3352 Megawatt Windenergie erzeugt; damit versucht Texas ein energiepolitisch relevanter Staat zu bleiben, nachdem auch der frühere Öl-Exporteur zum Netto-Energie-Importeur geworden ist
- Aus dieser Vielzahl an Initiativen ist ein Flickenteppich an Regulierungen und Vorhaben entstanden, der ihre Umsetzung erschwert: Die Stromnetze z.B. sind grenzübergreifend angelegt
- Eine nationalstaatliche Lösung könnte diese Problematik vermeiden, allerdings würde dies wohl eine ambitionierte Klimapolitik verhindern, da nur eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu erwarten ist

### **PANELDISKUSSION**

#### **Teilnehmer**

- **Aaron Best**, Fellow, Ecologic – Institute for International and European Environmental Policy
  - **Robert A. Pollard**, Gesandter Botschaftsrat (Wirtschaft), Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin
  - **Franzjosef Schafhausen**, Leiter Unterabteilung Umwelt und Energie, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
  - **Dr. Christine Wörten**, Bereichsleiterin Regenerative Energien, Deutsche Energie-Agentur
  - Moderation: **Bastian Hermisson**, Heinrich Böll Stiftung
- 
- Jahrelang galt Deutschland als der Vorreiter in Sachen Klimapolitik. Aber die USA holen auf: Al Gore gewinnt den Friedensnobelpreis, Unternehmen wie Walmart nehmen energiepolitische Ziele in ihre Unternehmensphilosophie auf (Hermisson)
  - Die Fragen lauten daher: überholen uns die Amerikaner in Sachen Klimaschutz? Haben die genannten nicht-staatlichen Initiativen Aussicht auf Erfolg? (Hermisson)

#### **Amerikanische Energiedebatte**

- Lokale Initiativen dominieren die heutige Erneuerbare Energien-Debatte: Die meisten Reformen und Revolutionen haben sich in den USA in den Städten und Bundesstaaten entwickelt, dies kann beim Thema Klima wieder so sein (Pollard)
- Allerdings haben die amerikanischen Bundesstaaten in der Energiepolitik zu große Machtbefugnisse, die sie nicht abgeben werden. Ein Erneuerbares Energien-Gesetz wird es daher auf nationalstaatlicher Ebene in den USA nicht geben (Wörten)
- Dennoch kann mit dem Thema Klimaschutz Wahlkampf gemacht werden, vor allem wenn die wirtschaftliche Komponente betont wird. All politics is local und so rechnen die Abgeordneten nach, ob sich der Einsatz für Erneuerbare Energien in ihrem Wahlkreis lohnt (Wörten)
- Aber auch auf nationalstaatlicher Ebene hat sich viel getan: Die USA wollen ebenfalls eine Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Es sind 18% bis 2012 angepeilt und die USA liegen vor dem Zeitplan. Seit 2002 wurden außerdem \$ 37 Mrd. für Klima-Initiativen ausgegeben (Pollard)
- Und die amerikanischen Dimensionen der Initiativen sind beeindruckend: in Texas wurden gerade Windzonen eingerichtet, in denen so viel Windenergie hergestellt werden soll wie in ganz Deutschland, und in Kalifornien liegen Anträge für Solarparks vor, die 41 Gigawatt Strom liefern würden (Wörten) (Anmerkung: bisher größte Photovoltaikanlage der Welt mit einer Leistung von ca. 11,4 Gigawatt in Arnshausen bei Würzburg)

### **Deutsche Energiedebatte**

- Europas Problem ist die starke Abhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland, vor allem aus Russland. Und beim Ausstieg aus der Atomenergie setzt Deutschland auf Technologien wie saubere Kohlekraftwerke, die es noch nicht gibt. Diese Abhängigkeit und fehlende Diversifizierung müssen auch in der Debatte um die Klimapolitik beachtet werden (Pollard)
- Die Technologie für saubere Kohlekraftwerke wird gerade entwickelt, es gibt bald zwei Versuchsanlagen, sowie eine weitere in Großbritannien (Schafhausen)
- Und eine Studie, die drei Energiekonzepte für die Zukunft analysiert hat, hat gezeigt, dass die „atomare“ Variante nur geringfügig weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen produziert, als das atomfreie Konzept: Atomenergie ist für eine Klima schonende Politik also nicht notwendig (Schafhausen)
- Mit dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) hat Deutschland durchaus ein starkes Beispiel gegeben, dass Erneuerbare Energien auch für die Wirtschaft rentabel sind (Wörten)
- Daneben gibt es weitere positive Entwicklungen: der G8-Gipfel war klimapolitisch ein großer Erfolg, auch die drei Energiegipfel zeigen in die richtige Richtung (Schafhausen)
- Ein weiterer Meilenstein ist das EU-Abkommen vom März 2007: es enthält Verpflichtungen, den Emissionsausstoß zu mindern, ohne dass vorher die internationale Gemeinschaft in Vorleistung treten muss (Schafhausen)
- Außerdem widmet es sich – genau wie der 29-Punkte-Katalog von Meseburg – Themenfeldern, die für die Emissionsbilanz von Staaten eine große Rolle spielen, bisher aber außen vor geblieben sind: in vielen Ländern ist eben nicht die Industrie das Klimaproblem, sondern zum Beispiel die Energieeffizienz von Gebäuden oder der Verkehr (Schafhausen)
- Beim Thema Energieeffizienz von Gebäuden sind die USA übrigens Vorreiter (Pollard)

### **Voneinander lernen?**

- Die Initiativen und Ideen in den USA und in Europa befruchten sich gegenseitig: Man darf nicht vergessen, dass die Umweltbewegung in den 60ern und 70ern von den USA ausging (Best)
- Die USA waren zum Beispiel die ersten, die Clean Air oder Clean Water-Gesetze erlassen haben (Pollard)
- Die Idee des Emissionshandels wurde als „informelles Verwaltungshandeln“ in Deutschland erfunden, in den USA in den ersten Clean-Air-Gesetzen angewandt und wanderte dann zurück nach Deutschland; es gibt also schon einen regen Austausch zwischen Deutschland und den USA (Schafhausen)
- Und der Emissionshandel kann auch wieder Vorbild für die USA werden: zwar hinken viele europäische Länder momentan der Umsetzung des Kyoto-Protokolls hinterher, die Kommission macht jetzt aber Druck und so kann es noch zum Erfolg werden (Schafhausen)
- Auch das EEG hat seine Wurzeln in einer amerikanischen Gesetzgebung: dem Public Utility Regulatory Policy Act (PURPA) von 1978 (Wörten)
- Und die deutsche Industrie hat die USA längst als Absatzmarkt entdeckt. Das ist gut, weil es so zu einer Internationalisierung der Branche kommt, es entstehen kleine und größere multinationale Unternehmen (Wörten)

### **Transatlantische Differenzen: Staat oder Markt?**

- Die Herangehensweise an Energiepolitik und Klimaschutz ist geprägt von der jeweiligen politischen Kultur. In den USA wird viel zivilgesellschaftliches Engagement und philanthropisches Handeln erwartet. So lassen sich die klimapolitischen Initiativen der Unternehmen wie Walmart erklären. (Best)
- Die Initiative der Unternehmen reicht aber nicht aus, um auf Dauer zu einer Lösung des Klimaproblems zu gelangen. Nur ein internationales Abkommen mit festgelegten Obergrenzen für CO<sub>2</sub>-Emissionen kann helfen. Vielleicht wird es unter einer neuen Regierung zu einem solchen Abkommen kommen (Best)
- Klimaschutz und Wirtschaft sind keine Gegensätze: Die USA konnte im letzten Jahr ein Wirtschaftswachstum verzeichnen und gleichzeitig die CO<sub>2</sub>-Intensität, d.h. den Ausstoß von CO<sub>2</sub> pro Wirtschaftseinheit, verringern (Pollard)
- Es reicht nicht, nur auf die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Intensität zu setzen, es bedarf einer absoluten nicht nur der relativen Reduktion (Schafhausen)
- Außerdem werden auch in Deutschland nicht nur staatliche Vorgaben gemacht, man geht ebenfalls auf autonome Impulse wie Preisentwicklung ein und gibt diesen dann die richtige Richtung (Schafhausen)
- Aber bei einem Thema wie Klimawandel kann man sich nicht allein auf Freiwilligkeit verlassen. Es bedarf eines klaren Ziels und eines festgelegten Zeitrahmens, Obergrenzen müssen vom Staat geschaffen und der Markt sozusagen vorbereitet werden (Schafhausen)
- Die USA sind durchaus an der Festlegung von Obergrenzen für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß interessiert, dabei dominiert aber ein markt- und technologieorientierter Ansatz: es soll mehr Erneuerbare Energie produziert werden, statt nur schädliche Energieproduktion zu begrenzen (Pollard)

- Außerdem haben sich die USA und Europa einander ja schon angenähert. Dies liegt vor allem an dem Erfolg von Kanzlerin Merkel auf dem G8-Gipfel: es ist wichtig, dass sie die Schwellenländer mit ins Boot geholt hat, denn ohne sie wird es keine Lösung für den Klimawandel geben (Pollard)

### **Negativbeispiele: Biofuels und Outsourcing**

- Das Problem dieser Debatte ist, dass wir im Westen oft nur Scheinerfolge erzielen: wenn wir von unserer verbesserten Klimabilanz sprechen, vergessen wir, dass energieintensive Arbeit in die Schwellenländer verlagert wird (Schering - Teilnehmer)
- In China gibt es tatsächlich schon eine Debatte über diese Problematik. Es werden Studien darüber angefertigt, wie viel CO<sub>2</sub>-Emissionen durch die Produktion von Konsumgütern für den westlichen Markt entstehen (Schreurs)
- Auch das Thema Biokraftstoffe zeigt eine der Negativseiten der heutigen Klimapolitik: Der Anbau z.B. von Mais zur Kraftstofferzeugung belastet das Klima und hat – wegen gestiegener Lebensmittelpreise – auch negative soziale Auswirkungen (Schering)
- Vor allem im Mittleren Westen der USA wurde schnell auf die Produktion von Biokraftstoffen gesetzt. Die Menschen dort sind abhängig von der Landwirtschaft und damit in heutiger Zeit von Arbeitslosigkeit bedroht. (Schreurs)
- Mittlerweile wendet man sich von Biokraftstoffen schon wieder ab, da der Energieinput höher ist als der Output. (Schreurs)
- Auch die Industrie wendet sich davon ab, denn eine Überproduktion führt schnell zum Preisverfall und ist damit nicht mehr rentabel (Pollard)

## AUSGEWÄHLTE LITERATURHINWEISE

Asendorpf, Dirk: „California Greening,“ DIE ZEIT, 18.10.2007.

Braml, Josef: „Amerikas alternativer Antrieb. Erneuerbare Energieaußenpolitik der USA,“ DGAP Analyse Nr. 2, September 2007.

Bundesregierung: „Ergebnisse des dritten Energiegipfels. Grundlagen für ein integriertes Energie- und Klimaprogramm,“ 3.07.2007.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-07-03-ergebnispapier.property=publicationFile.pdf> (letzter Zugriff: 15.11.2007)

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Energie-Startseite,“

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/energie.html> (letzter Zugriff: 14.11.2007).

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Energistatistiken,“

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Energie/energiestatistiken.html> (letzter Zugriff: 14.11.2007).

„Dealing with Dependency. The European Union’s Quest for a Common Energy Foreign Policy,“ Foreign Policy in Dialogue Nr. 20, Januar 2007, <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue20.pdf> (letzter Zugriff: 14.11.2007).

DIE ZEIT Online: „Wirtschaft, Klimawandel und Energieversorgung. Themenspezial,“

<http://www.zeit.de/themen/wirtschaft/klima/index> (letzter Zugriff: 14.11.2007).

Dröge, Susanne: „Die EU-Klimastrategie. Bausteine für die internationale Klimapolitik nach 2012,“ SWP-Aktuell 12, Februar 2007.

Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln/Prognos AG: „Endbericht. Energieszenarien für den Energiegipfel 2007,“ [http://www.ewi.uni-koeln.de/fileadmin/user/Gutachten/2007\\_Energieszenarien\\_Energiegipfel.pdf](http://www.ewi.uni-koeln.de/fileadmin/user/Gutachten/2007_Energieszenarien_Energiegipfel.pdf) (letzter Zugriff:

14.11.2007).

Friedrich Ebert Stiftung, Arbeitskreis Europa: „Auf dem Weg zu einer integrierten Energie- und

Klimaaußenpolitik der EU,“ Oktober 2007, <http://library.fes.de/pdf-files/id/04945.pdf> (letzter Zugriff: 15.11.2007).

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare Energien-Gesetz), 1.8.2004.

[http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/eeg\\_2004/gesamt.pdf](http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/eeg_2004/gesamt.pdf) (letzter Zugriff: 15.11.2007).

International Herald Tribune: „Business of Green. A Special Report,“ 8.11.2007.

International Herald Tribune: „Energy. A Special Report,“ 30.10.2007.

Kleine-Brockhoff, Thomas: „Amerika wird grün,“ DIE ZEIT Nr. 24, 7.6.2007.

Kraemer, Andreas und Miranda Schreurs: „Federalism and Environmentalism in the United States and Germany,“ AICGS Policy Report No. 31, 2007. <http://www.aicgs.org/documents/pubs/polrep31.pdf> (letzter Zugriff: 14.11. 2007)

McKinsey & Co.: „Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland. Eine Studie von McKinsey and Company, Inc. erstellt im Auftrag „BDI initiativ –

Wirtschaft für Klimaschutz“,“ 2007, [http://www.bdi-online.de/Dokumente/Umweltpolitik/Klimastudie\\_BDIundMcKinsey\\_KostenundPotenzialederVermeidungvonTreibhausgasemiss.pdf](http://www.bdi-online.de/Dokumente/Umweltpolitik/Klimastudie_BDIundMcKinsey_KostenundPotenzialederVermeidungvonTreibhausgasemiss.pdf) (letzter Zugriff: 14.11.2007).

Odenwald, Michael: „Gouverneure gegen Bush,“ Focus Online, 12.03.2007.

[http://www.focus.de/wissen/wissenschaft/klima/klima\\_aid\\_50329.html](http://www.focus.de/wissen/wissenschaft/klima/klima_aid_50329.html) (letzter Zugriff: 15.11.2007)

Rosin, Philip: „Neue energiepolitische Initiative des US-Präsidenten: Wende der amerikanischen Energiepolitik?“ Konrad-Adenauer Stiftung Washington Think Tank Update, März/April 2006.

## Appendix 1

# ZUKUNFT DES WESTENS

## Ein transatlantischer Dialog über Staat, Wirtschaft und Gesellschaft

Deutschland und die Vereinigten Staaten verbinden gemeinsame Erfahrungen, Werte und Interessen. Die Zugehörigkeit zum Westen bestimmt die Identität auf beiden Seiten des Atlantiks. So lautete bisher die offizielle Lesart der transatlantischen Beziehungen. Im öffentlichen Diskurs werden jedoch zunehmend die Unterschiede wahrgenommen, sei es im politischen, wirtschaftlichen oder im kulturellen Bereich. Manchem Publizisten erscheinen sie bereits unüberbrückbar und der Westen nur noch ein Thema für Sonntagsreden.

Angesichts der labilen weltpolitischen Lage und neuer Sicherheitsrisiken, des weltweiten Ringens um Demokratie, der Globalisierung und des Aufstiegs neuer Mächte wie China und Indien hat der Westen als Handlungseinheit aber nach wie vor seine politische Berechtigung. Eine gemeinsame transatlantische Politik benötigt jedoch - will sie langfristig erfolgreich sein - ein solides gesellschaftliches Fundament. Wenn die soziokulturelle und politische Entwicklung der amerikanischen und europäischen Gesellschaften auseinanderdriftet, erodiert damit auch die Basis für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Umgekehrt gehen wir davon aus, dass das gemeinsame normative Erbe – Demokratie, Menschenrechte, individuelle Freiheit und Gleichheit, kulturelle Vielfalt – ein wichtiges Potential darstellt, um die Herausforderungen von morgen zu lösen.

Eine bewusste „Rekonstruktion des Westens“ setzt einen Prozess der Selbstvergewisserung voraus. Was den Westen ausmacht, muss diskursiv neu bestimmt werden. Dies geht nur über einen intensiven intellektuellen Austausch, einen offenen transatlantischen Dialog auch jenseits der etablierten Institutionen. Dabei muss es darum gehen, die Gemeinsamkeiten ebenso wie die Unterschiede zu erfassen und an einer gemeinsamen Vorstellung von der Zukunft unserer Gesellschaft zu arbeiten. Deshalb wollen wir den transatlantischen Dialog zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen um einen gesellschaftspolitischen Dialog ergänzen. Geplant ist eine Veranstaltungsreihe im Themenfeld Gesellschaft – Wirtschaft – Staat, mit der wir der Frage nachgehen wollen, was Deutschland und die USA verbindet und trennt – und was wir möglicherweise voneinander lernen können.

### Methodik der Veranstaltungsreihe

- Die Frage nach dem Gesellschaftsmodell und den Entwicklungsperspektiven in den USA in Deutschland leitet die Auswahl der Themen. Für jede Veranstaltung werden Leitfragen entwickelt, um die Gespräche zu strukturieren.
- Die Veranstaltung besteht sowohl aus einer Bestandsaufnahme bestehender Unterschiede und Gemeinsamkeiten, als auch aus einer Diskussion über Zukunftsentwürfe. Was können Amerikaner und Deutsche voneinander lernen und welche Konzepte scheinen geeignet, den Herausforderungen zu begegnen?
- Vorgesehen ist eine Roundtable-Veranstaltung. Der „Runde Tisch“ soll einem überschaubaren Kreis von Expertinnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur Gelegenheit zu einem intensiven Austausch geben. Fundierte Zuspitzungen beleben die Debatte; gleichzeitig ist jedoch klar, dass keine einfachen Entweder-Oder-Antworten gefunden werden können. Vielmehr ist dies Diskussion über den Westen immer die „Arbeit am Kontinuum“.

### THEMEN UND VERANSTALTUNGEN

Der Veranstaltungszyklus folgt zwei Spannungsbögen: *Individuum - Gemeinschaft* und *Freiheit – Gleichheit*. In der Diskussion über Staats- Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle soll geklärt werden, wo sich die Gesellschaften diesseits und jenseits des Atlantiks in diesem Spannungsfeld verorten. Die Idee von der „Arbeit am Kontinuum“ beinhaltet aber auch die Notwendigkeit, dieses Verhältnis für die Zukunft neu zu bestimmen.

- **Das Öffentliche und das Private**  
Welches Verhältnis zwischen öffentlich und privat zeichnet die gesellschaftliche Kultur aus? Welchen Stellenwert haben „öffentliche Güter“ sowohl für gesellschaftliche Teilhabe wie für die ökonomische Entwicklung? Wo liegen Grenzen der Individualisierung? Wie viel kollektive

Sicherung braucht eine freie Gesellschaft?

- **Was hält die Gesellschaft zusammen?**

Welche Strategien zur Festigung des inneren Zusammenhaltes der Gesellschaft werden in den USA und in Deutschland verfolgt?

Wie funktioniert „community-building“, und wie gelingt die Integration von Migranten? Welche Bedeutung hat bürgerschaftliches Engagement in den USA und Deutschland und wie ist es organisiert?

- **Was sind die Kernaufgaben des Staates?**

Wie werden sie begründet? Wie ist das Verhältnis von Staat und Bürgern definiert? Welche Rolle spielt das Prinzip der Subsidiarität? Staatsfinanzen und Steuerpolitik: öffentliche Armut und privater Reichtum? Überwachungsstaat und bürgerliche Freiheiten.

- **Democracy at work: wie funktioniert das politische System?**

Welche Rolle spielen die Parteien? Lobbyismus und Demokratie: Welchen Einfluss haben „Big Business“ und „Big Labour“ auf die Politik?

Wie funktioniert politische Öffentlichkeit? Welchen politischen Spielraum gibt es für Bürgerinitiative? Föderalismus in Deutschland und den USA

- **Marktfreiheit und Ordnungspolitik**

Was unterscheidet die Wirtschaftsmodelle der USA und Deutschlands? Welcher ordnungspolitische Bezugsrahmen ist für eine globalisierte Wirtschaft möglich und nötig?

Welches Leitbild für Unternehmen: shareholder value, stakeholder capitalism, corporate responsibility?

- **Welchem Leitbild folgt Sozialpolitik?**

Was sind die Stärken und Schwächen des amerikanischen wie des deutschen Sozialmodells? Wie verhalten sich „charity culture“ und „welfare state“? Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie, und welche Chancen für sozialen Aufstieg bietet das „Modell D“ im Vergleich zum „Modell USA“?

- **Zur Rolle von Bildung und Wissenschaft**

Welchen Beitrag leistet das Bildungssystem in Deutschland und den USA für gesellschaftliche Integration? Wie unterscheidet sich seine Leistungsfähigkeit im Hinblick auf Breiten- und Spitzenförderung? Welche Rolle spielen private Investitionen im Bildungssektor und wie finanzieren sich Bildung und Wissenschaft?

## Appendix 2

### Konzept 3. Veranstaltung

#### *Von den USA lernen?*

#### **Die Transatlantische Energiedebatte**

Der Veranstaltungszyklus „Zukunft des Westens“ folgt den Spannungsbögen *Individuum – Gemeinschaft* und *Freiheit – Gleichheit*. Ziel ist es, aktuelle gesellschaftspolitische, soziale und wirtschaftliche Debatten in Deutschland und den USA aufzuarbeiten und gemeinsame Lösungswege zu finden.

Die Veranstaltung „Transatlantische Energiedebatte“ nimmt ein Thema auf, das derzeit im Mittelpunkt der politischen als auch der gesellschaftlichen Diskussion auf beiden Seiten des Atlantiks steht. Besonders mit Blick auf den Klimawandel stellt sich die Frage: wie können wir in Zukunft unsere Energieversorgung sichern, diese gleichzeitig aber auch effizient, nachhaltig und Klima schonend gestalten? Die Notwendigkeit der Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen nimmt dabei einen großen Teil der Debatte ein. Das Bewusstsein dafür ist in Europa - insbesondere in Deutschland - stark ausgeprägt und Teil des Selbstverständnisses als „guter Bürger“. Aber wie gestaltet sich die Debatte in den USA? Wo gibt es gemeinsame Anknüpfungspunkte, wo Unterschiede? Was können wir voneinander lernen?

In der allgemeinen Wahrnehmung sind die Rollen, die die USA und Deutschland in dieser Frage einnehmen, klar verteilt. Während Deutschland energie- und klimapolitisch als Vorbild gilt, verbleiben die USA in den Augen vieler in der „Schmuddelkind“-Ecke. Das Kyoto-Protokoll wurde von den USA nicht unterschrieben, der Klimawandel wurde jahrelang heruntergespielt, sogar Experten bezahlt, um ihn in Frage zu stellen. Auch die amerikanische Bevölkerung gilt nicht gerade als energiepolitisch vorbildlich: niedrige Benzin- und Strompreise regen hier nicht zum Sparen an, im Gegensatz zu Europa ist es kaum vorstellbar, dass energieeffiziente Kleinwagen SUVs oder Pickup-Trucks von den Straßen verdrängen.

Ganz anders sieht dies in Deutschland aus: hier hat es der Begriff „Klimawandel“ schnell in alle Munde geschafft – ähnlich wie das Schlagwort „Waldsterben“ in den Achtzigern. Die zusätzliche Debatte um den Ausstieg aus der Atomenergie hat das Thema Energiepolitik hier nicht nur zu einem Politikum, sondern auch zu einer Frage der ideologischen Einstellung gemacht. Der deutsche Verbraucher wird geradezu zum Energiesparen gezwungen - durch die nicht zuletzt von der Ökosteuer in die Höhe getriebenen Benzinpreise und durch die sowohl durch monopolartige Strukturen aber auch durch Umlagen auf erneuerbare Energien hochgehaltenen Strompreise. Eine Vorreiterrolle in Sachen erneuerbare Energien nimmt Deutschland auch durch das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG) ein, das Förderprogramme für alternative Energien vorsieht und bis 2010 den Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch auf 4,2 % und am Stromverbrauch auf 12,5 % erhöhen soll. Doch an den Vorschlägen der deutschen Politik regt sich auch Kritik aus Reihen der Wirtschaft, die Angst hat, durch die starken Restriktionen an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren - gerade die deutsche Autoindustrie muss sich auf die veränderten Wünsche der Kundschaft einstellen, um erfolgreich zu bleiben.

Auch in den USA ist das Thema Klimawandel und erneuerbare Energien angekommen. Diese ist auf den zweiten Blick nicht so klimafeindlich wie angenommen. So konnte 2006 der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 1,3% gesenkt werden, während gleichzeitig die amerikanische Wirtschaft um 3,3% wuchs. (Dan Sullivan, Assistant Secretary for Economic, Energy, and Business Affairs)

Zwei Eigenschaften der amerikanischen Herangehensweise an das Thema Energie- und Klimapolitik fallen dabei besonders in Auge: Zum einen ist das starke kommunale Engagement hervorzuheben. Während sich auf Bundesebene der „Gesinnungswandel“ nur langsam einstellt, haben neben einigen Bundesstaaten wie Kalifornien vor allem die Kommunen und Gemeinden eine Vorreiterrolle in der klimaschonenden Energiepolitik übernommen. Einzelne amerikanische Städte, wie z.B. New York, wollen selbständig zum Vorreiter in Sachen Energieeffizienz und Klimaschutz werden – auch ohne Gesetz von ganz oben.

Zum zweiten zeigt sich die unternehmerische Herangehensweise der Amerikaner an die Energiefrage. Zunehmend versteht die Wirtschaft, dass mit der Investition in erneuerbare Energien nicht nur ein positives Image aufzubauen ist, sondern zudem auch schwarze Zahlen zu schreiben sind. So wird z.B. ein texanischer Energiekonzern nach der Übernahme durch zwei Private-Equity-Fonds nur noch drei statt elf neuer Kohlekraftwerke bauen, gleichzeitig soll in erneuerbare Energien investiert und höhere Energieeffizienz angestrebt werden. Energiesparen findet Eingang in das Firmenprofil internationaler Unternehmen und die Beraterbranche in Sachen Energieeffizienz/alternative Energien boomt. Auch Tüftler im Silicon Valley und anderswo in den USA machen sich den neuen Umwelttrend zu Nutze und arbeiten Patent um Patent an alternativen Energiequellen. Darin zeigt sich der

amerikanische Glaube in Technik: während sich vor allem der deutsche Verbraucher der Umwelt zu liebe in Verzicht übt, suchen die Amerikaner nach technologischen Lösungen des Problems. Nachdem die amerikanische Wirtschaft diesen neuen Zweig für sich entdeckt hat, stellt sich die Frage, wie lange Amerika noch das „Energie-Schmuddelkind“ bleiben wird, als das es heute gilt. Im Gegensatz zu Deutschland, das das Klimaproblem mit staatlichen Eingriffen regeln beabsichtigt, also Obergrenzen für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß setzen und dies möglichst weltweit im Rahmen der UNO durchsetzen will, setzen die Amerikaner auf positive Anreize für ihre Wirtschaft.

Die zentralen Fragen für die Veranstaltung sind:

Wird Deutschland Vorreiter in der klimafreundlichen Energiepolitik bleiben? Wird die deutsche Wirtschaft weiterhin an Umwelttechnologien verdienen können? Oder wird der wirtschaftliche Riese USA – einmal aufgewacht – ähnlich wie in den neunziger Jahren beim Software-Boom die Vorreiterrolle übernehmen? Machen die Amerikaner bereits viel mehr als wir Europäer denken?

Eine ökologische Trendwende der Industrie und Wirtschaft hat begonnen. Wie aber kann die Geschwindigkeit dieser Wende erhöht werden?

Und welche Nachteile bringt der neue Öko-Boom mit sich? Sind Hybrid-Autos oder Biokraftstoffe wirklich die Lösung, oder bringen sie neue Probleme mit sich (hoher Nahrungsmittelpreis)?

Was kann der Westen alleine überhaupt bewirken? Wie lässt sich der ökologische Trend auch in die Länder „exportieren“, die in den nächsten Jahrzehnten die entscheidende industrielle und wirtschaftspolitische Rolle spielen werden?

## Appendix 3

### Teilnehmerliste

Marc Berthold	Büro Renate Künast, MdB
Aaron Best	Ecologic – Institute for International and European Environmental Policy
Dr. Johannes Bohnen	Atlantische Initiative e.V.
Christina Elvers	German Marshall Fund of the United States
Michael Engelhardt	Konzernrepräsentanz Berlin, RWE AG
Nino Galetti	Konrad-Adenauer-Stiftung
Siri Hamilton	Stanford University in Berlin
Enno Harks	Deutsche BP AG
Bastian Hermisson	Heinrich Böll Stiftung
Katrin Jordan	Stiftung Wissenschaft und Politik
Christoph Klavehn	German Marshall Fund of the United States
Dr. Carl Dominik Klepper	Stiftung Marktwirtschaft
Rodin Knapp	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
M. Jean Mason-Rusch	Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika
Michael Meier	Friedrich-Ebert-Stiftung
Annette Pölking	Atlantische Initiative e.V.
Robert A. Pollard	Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika
Bernd Rohlfes	Landesbank Berlin
Franzjosef Schafhausen	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Björn Schering	Büro Hans-Kurt Hill, MdB
Karl-Heinz Schlaiss	DaimlerChrysler
Prof. Miranda Schreurs	Freie Universität Berlin
Barbara Steffner	Vertretung der Europäischen Kommission
Andreas Steinmüller	IPA Network International Public Affairs GmbH
Dr. Bettina Stuchtey	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Aaron Teitelbaum	Stanford University in Berlin
Jacqueline von Saldern	CDS International, New York
Cornelia Wittmann	Büro Martin Burkert, MdB
Dr. Christine Wörlen	Deutsche Energie-Agentur